

19. Jahrhunderts und seine zu integrierenden neuen Regionen Gültigkeit beanspruchen kann: »Provinz ist nicht [...] das unwichtige Hinterland des Fortschritts, das bloße Objekt, sondern wirkt auch auf die Entwicklung des Landes zurück« (S. 229). Und gerade aus dem Wissen um die wechselseitige Beeinflussung bei der Entstehung des gesellschaftlichen Ganzen wird der Regionalgeschichte ihr besonderer Stellenwert zugewiesen.

Alles in allem: Der vorliegende Sammelband enthält nicht nur für den bayerischen Landes- und Kirchenhistoriker viele interessante Aspekte, die zur kritischen Auseinandersetzung und weiteren Beschäftigung mit der Integrationsproblematik Anstoß geben. Daß die einzelnen Beiträge von Franz Genzinger durch ein Register der Orte, Personen und Sachen sorgfältig aufgeschlüsselt wurden, sei dankbar angemerkt.

*Karl Hausberger*

PETER SCHERER – PETER SCHAAF: Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden 1848–1949. Mit einem Nachwort von Franz Steinkühler. Stuttgart: Theiss 1984. 724 S. mit 36 S. Abb. Ln. DM 59,-.

Der Titel des Bandes, der erste einer größeren Sammlung, scheint keiner Erklärung zu bedürfen. Bei der Auswahl der 227 Dokumente ging es weniger um historische Ausgewogenheit als um praktische Zwecke. Man wollte Schulungsmaterial zur Geschichte der »Arbeiterbewegung« in unserem Lande bereitstellen. Einleitend erklären die Herausgeber: »Unmittelbar aus dem geschichtlichen Prozeß sind die meisten der vorliegenden Dokumente hervorgegangen, und ebenso unmittelbar soll ihre Kenntnis helfen, diesen Prozeß weiter voranzutreiben. Aus dieser Absicht ergaben sich Konsequenzen bis in die Einzelheiten der äußeren Textgestaltung: Nicht die historische Ferne, sondern die politische Nähe war zu betonen. Nicht Geschichte der Arbeiterbewegung für wenige Kenner, sondern Geschichte für die Arbeiterbewegung – das war das Ziel« (S. 13). Aus diesem Grund wurde wohl auch darauf verzichtet, die Texte zu kommentieren; nicht einmal die erwähnten Personen sind nachgewiesen, obwohl dies heute von jedem Teilnehmer an einem historischen Proseminar verlangt wird.

Was verstehen die Geld- und Herausgeber unter »Arbeiterbewegung«? – Das Geleitwort gibt erste Hinweise: »Stuttgart ist ein traditionsreiches Zentrum der deutschen Arbeiterbewegung. Vier Jahrzehnte lang, von 1891 bis 1930, war Stuttgart Sitz des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. In Stuttgart erschien die »Schwäbische Tagwacht«, eine der profiliertesten sozialdemokratischen Tageszeitungen. Clara Zetkin redigierte hier die »Gleichheit«, das führende Organ der proletarischen Frauenbewegung, und ein großer Teil des theoretischen Erbes der Arbeiterbewegung ist mit dem Namen Stuttgarts verknüpft, denn hier hatte der Dietz-Verlag seinen Sitz« (S. 7). Zur Erklärung: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband war Teil der sogenannten »Freien Deutschen Gewerkschaften«, die ohne Vorbehalt sozialistisch orientiert waren.

Noch deutlicher: S. 692 werden in Tabellen die Wahlergebnisse »der deutschen Arbeiterparteien« von 1871 bis 1933 geboten. Es erscheinen aber nur SPD, KPD und USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands). Daraus ist zu schließen, daß nach Meinung der Herausgeber die anderen Parteien nicht zur Arbeiterbewegung gehörten. Übersehen und geleugnet wird somit, daß zum Beispiel auch das Zentrum einen sehr starken Gewerkschaftsflügel hatte, dem vor allem in der Weimarer Zeit bekannte, einflußreiche und profilierte Arbeiterführer angehörten, die von der Pike, das heißt von der Werk- und Hobelbank auf gedient hatten.

Der behandelte Zeitraum sind die Jahrzehnte von der 1848er Revolution bis 1949, also bis zur Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dies soll wohl zeigen, daß die Arbeiterbewegung das Erbe der bürgerlichen Revolution von 1848 antrat, während der DGB die Vollendung dieser Arbeiterbewegung ist.

Die Sammlung hält sich nicht immer an die selbst gesetzten Grenzen von Baden und Württemberg. So erscheint als Nummer 157 (S. 471–473) ein »Bericht des württembergischen Spanienkämpfers Karl Sauer über die Eroberung der Stadt Badajoz durch die Faschisten« im August 1936. Mit Württemberg hat dies wenig zu tun, es sei denn, daß deutlich gemacht werden soll, daß auch Schwaben in den Internationalen Brigaden gekämpft haben. (Oder geht es einfach darum, dem Brigadegeneral »der bundesdeutschen Luftwaffen, Hannes Trautloft« [S. 473], eins ans Bein zu geben?) Dem Bericht fehlt allerdings ein Pendant, das heißt eine Schilderung der Greuel, welche von der anderen, der roten Seite verübt worden sind. Auch wird verschwiegen, daß im Spanienkrieg die Internationalen Brigaden nicht zur allerfeinsten Gesellschaft gehörten und keineswegs mit den Umgangsformen der Heilsarmee aufgetreten sind.

Die ausschließliche Identifikation der »Arbeiterbewegung« mit den Freien Deutschen Gewerkschaften und den Linksparteien ermöglichte ohne weiteres ein sachliches Ausgreifen. So erscheinen Dokumente, die man eigentlich nicht erwartet: Das Erfurter Programm der Sozialdemokratischen Partei vom Oktober 1891 (Nr. 18, S. 93–96), die Programmatistische Erklärung der Redaktion des Verlags der neugegründeten proletarischen Frauenzeitschrift »Die Gleichheit« vom 28. Dezember 1891 (Nr. 19, S. 96–98), ein Flugblatt des Landesvorstandes der Sozialdemokraten Württembergs über die Folgen der Krise von 1890/93 (Nr. 21, S. 101–107), die EntschlieÙung des Internationalen Sozialistenkongresses in Stuttgart über »Militarismus und internationale Konflikte« vom 18./24. August 1907 (Nr. 39, S. 153–155). Auch die Kommunisten sind mit ihren Elaboraten reichlich vertreten: So erscheinen der Aufruf des Bezirks Württemberg der KPD zum Massenstreik 1933 (Nr. 126 b, S. 396–397), die Proklamation der Eisernen Front an die württembergischen Arbeiter vom März 1933 (Nr. 129, S. 400f.), der Aufruf der Kommunistischen Partei Württembergs zum 1. Mai 1933 (Nr. 142, S. 424f.), der Appell des Kreises Stuttgart der Kommunistischen Partei »an das schaffende Volk in Stadt und Land«, 1945 (Nr. 193, S. 583–588), die Erklärung des Landesvorstandes der Kommunistischen Partei Württemberg-Baden über die Einstellung ihrer Mitarbeit in den Spruchkammern vom 5. März 1948 (Nr. 215, S. 639) usw. Auf einem solchen Hintergrund wird dann ein entsprechendes Feindbild gezeichnet. Der »Faschismus« spielt dabei eine wichtige Rolle.

Übersehen wird geflissentlich, daß es neben den linken Gruppierungen noch andere Arbeiterbewegungen gab. Erinnert sei an die zahlreichen konfessionellen Arbeitervereine. Auch den anderen Gewerkschaften, den Hirsch-Dunckerschen und den christlichen Verbänden, versagen die Herausgeber die Zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung: sie werden nur selten erwähnt und unter den »gegnerischen Organisationen« (S. 139) eingereiht. Das »Feindbild« der sozialistischen Gewerkschaften zeigt ein Bericht des 9. Bezirks des Deutschen Metallarbeiter-Verbands vom Jahre 1905 (S. 139–140): »Vor allem sind es die Christlichen, die speziell aus dem Schwarzwald und in Württemberg mit den jesuitischsten Mitteln gegen uns, wenn auch vergeblich, agitieren. So ein Beispiel. In Hausach gelang es, die Arbeiter des dortigen Walzwerkes fast vollzählig zu organisieren. Was macht der Pfaffe? Er zitiert seine »Schäflein« hübsch einzeln, wie uns gesagt wurde, in seine Wohnung und malt ihnen da ihre Todsünde in so schwarzen Farben, daß die armen Teufel vor lauter Angst um ihr Seelenheil schleunigst dem Verband wieder den Rücken kehrten. Ja, die eingeflöÙte Furcht war derartig groß, daß wir von den zirka sechzig Kollegen nur einen einzigen fanden, der noch den Mut hatte, als wir wieder dorthin kamen, mit uns zu verkehren. Mit »solchen Mitteln« arbeitet eben die Kirche. Sie kann keine denkenden Menschen brauchen. Was die Agitatoren der Christlichen an Dummheit und persönlichen Beschimpfungen leisten, geht auf keine Kuhhaut. Die Kollegen kennen sie ja.« – Auch hier fehlt ein Pendant. So hätten die Leser wohl gerne etwas über den Terror erfahren, dem die christlich organisierten Arbeiter in den Fabriken ausgesetzt waren.

Im Jahre 1933 wird die christliche Gewerkschaftsbewegung schlicht neben der »faschistischen Diktatur« angesiedelt (Nr. 146, S. 436–438; Nr. 148, S. 440). Dies war allerdings nur möglich, weil man großzügig die Wirklichkeit ignorierte. Dem Leser wird eine Antwort auf die Frage vorenthalten, wie sich denn die christlichen Gewerkschafter in Baden und Württemberg damals verhalten haben.

Daß einige Vorgänge des Jahres 1933 von den Herausgebern geflissentlich übersehen werden, ist verständlich. Auch die Freien Gewerkschaften marschierten am 1. Mai, dem »Feiertag der nationalen Arbeit«, mit. Daß sie am darauffolgenden Tag aufgelöst wurden, lag außerhalb ihres Kalküls. Die Anbiederung war zu spät erfolgt. Interessant ist übrigens der Bericht im »Schwäbischen Merkur« über die Veranstaltung am 1. Mai 1933 in Stuttgart (S. 428–434): »In den Hauptstraßen der Stadt wehte ein Wald von Fahnen, schwarz-weiß-rot und Hakenkreuz, unterbrochen vom frühlingfrischen Grün der Birken und Tannenzweige, die Eingänge und Fenster vieler Häuser zierten. Aber nicht nur in den Geschäftsstraßen der Innenstadt sah man dieses Festbild, auch in den Außenbezirken, in den Wohnvierteln, wo nur die Arbeiter und kleinen Angestellten wohnen und wo noch vor einigen Monaten fast nur die sozialistischen und die Flaggen der Kommune zu sehen gewesen waren, jetzt an jedem zweiten Haus schwarz-weiß-rot und die Fahnen Hitlers«. Dies war nur der Anfang. Die Entwicklung setzte sich in den nächsten Monaten und Jahren fort; sie erklärt, weshalb die Nationalsozialisten eine so große Gefolgschaft fanden.

Um nocheinmal auf den Begriff »Faschismus« zurückzukommen: In der seriösen Forschung hat sich inzwischen durchgesetzt, was die Zeitgenossen von damals von Anfang an wußten, daß der »Faschismus« ein willkürlich geschaffener Sammelbegriff für alle rechtsstehenden, autoritären Staatsformen war und ist. Urheber dieser Qualifikation waren die Kommunisten. Konsequenter wurde diese Sprachregelung nach dem Zweiten Weltkrieg deshalb in der Ostzone und von der marxistischen Geschichtsschreibung im Westen übernommen. Dem schlossen sich – nach allem in voller Überzeugung – die beiden Herausgeber an. Dabei

wußte damals jedes Kind, daß es den Faschismus nur in Italien gab, während in Deutschland die nationalen Sozialisten am Werke waren. (Dazu neuerdings Gregor Schölgel: Die Begriffe und ihre Wirklichkeit. »Zeitgeschichtliche Kontroversen« um Faschismus und Totalitarismus. In: Historisches Jahrbuch 103, 1983, 193–198).

Für eine Rezension des Buches würde es genügen, die beigegebene »Zeittafel« (S. 679–690) und die vier Register (Personen, Firmen, Geographie, Sachen) zu interpretieren. In der »Zeittafel« erscheinen S. 686 die Ereignisse des Jahres 1933: Während am 2. Mai die »Gleichschaltungsaktion« gegen die Freien Gewerkschaften stattfand, erfolgte am 8. Juli die »Eingliederung des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes in die Deutsche Arbeitsfront«. Man beachte die Wortwahl! Ferner ist zu lesen: »20. Juli 1933 – Der Abschluß des Konkordates zwischen dem Vatikan und Reichsregierung. Oktober 1933 – Beginn der »Aktion Gnadentod«, in deren Verlauf bis 1941 in der Landespflegeanstalt Grafeneck bei Reutlingen 10 654 Kranke durch Gas ermordet werden«. Der Leser weiß zwar nicht recht, was das Reichskonkordat in diesem Buch zu suchen hat. Doch: Ist es Zufall, daß es direkt neben der »Aktion Gnadentod« zu stehen kam? – Im Personenregister fällt auf, daß die christlichen Gewerkschaftsführer aus Baden und Württemberg nicht genannt werden. So sucht man vergebens nach Josef Ersing, Josef Andre oder Karl Gengler. Dagegen taucht Wilhelm Pieck auf, manchem unserer Leser sicherlich noch in ungueter Erinnerung. – Noch aufschlußreicher ist das Sachregister. Unter dem Stichwort »Partei und Gewerkschaft« erscheinen allein ADAV (Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein), ISK (Internationaler Sozialistischer Kampfbund), KPD (Kommunistische Partei Deutschlands), KPO (Kommunistische Partei-Opportunisten), SAP (Sozialistische Arbeiterpartei), SAPD (Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands), SPD und USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands). Andere Parteien mit Kontakten zur Arbeiterbewegung scheint es nicht gegeben zu haben (zum Zentrum siehe oben). – Apart ist auch das Sammelstichwort »Löhne, Preise und Profite«. – Am 15. November 1918, also kurze Zeit nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs und der Front, trafen die Unternehmerverbände und die Gewerkschaften ein Abkommen über eine weitere Zusammenarbeit, über die Arbeitsbedingungen, die tägliche Arbeitszeit, das Schlichtungswesen usw. Schon die Absicht der damaligen Gewerkschaftsführer, in einer Notzeit unseres Volkes gemeinsam mit den Arbeitgebern Verantwortung zu übernehmen und zu tragen, ist den Herausgebern verdächtig. Das Abkommen erscheint im Register nämlich unter dem Stichwort »Partnerschaftsideologie«. Der Abschied vom Klassenkampf scheint doch schwer zu fallen!

Kritik verdient auch die Auswahl der Dokumente, welche das Wiedererstehen der Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg schildern. Hier wird völlig verschwiegen, daß auch die Mitglieder der alten christlichen Gewerkschaften, aufgrund der Erfahrungen vor 1933, die neue Einheitsgewerkschaft mitbegründet und mitgetragen haben. Dabei brachten sie ihre Ansprüche auf wirtschaftliche Wiedergutmachung in den neuen Gesamtverband mit ein. Daß bei den meisten der »Christlichen« die Ernüchterung bald folgte, ist verständlich; doch da war es bereits zu spät. Auch die vorliegende Dokumentation zeigt deutlich, unter welcher Fahne sich die »Einheit« etabliert hat.

In einigen Berichten über die ersten Monate nach dem Umsturz 1945 (S. 587, 590f., 601–603) werden »Arbeitsausschüsse« erwähnt bzw. kommen diese selber zu Wort (S. 601–603). Wie der Bericht des US-Geheimdienstes vom 2. Juli 1945 andeutet (S. 590–592), waren diese »Arbeitsausschüsse« keineswegs so harmlos, wie der Name vorgibt. Sie sollten nämlich eine kommunistische Machtübernahme in die Wege leiten. (Dies wurde auch vom damaligen Generalvikar Kottmann in Rottenburg klar erkannt, S. 591). Es war für die Zeitgenossen ohnehin frappierend, daß die Kommunisten nach dem Einmarsch der alliierten Truppen sofort über einen funktionierenden Apparat verfügten und auf eigene Faust voringingen; sie hissten nicht nur rote Fahnen, sondern beschlagnahmten auch Privathäuser, führten Hausdurchsuchungen durch und richteten eigene »Arbeitslager« ein. In Stuttgart wurden diese Aktivitäten dann von den Franzosen unterbunden.

Man mag es den Herausgebern (Jahrgang 1943 und 1944), beide in der Vorstandsverwaltung der Industriegewerkschaft Metall tätig, zugute halten, daß sie als Akademiker nur schwer Zugang zur Arbeiterbewegung finden konnten. Sie scheinen aber eine Art Bekehrung durchgemacht zu haben. Erfrischend ist das Geständnis im Vorwort: »Wir gehören zur Arbeiterbewegung, und wir haben uns das Ziel gesetzt, die Dokumente vergangener Kämpfe gerade denen aufzuschließen, die selbst täglich für ihre Rechte im Betrieb und in der Gesellschaft eintreten müssen. Seit über einem Jahrzehnt in der Gewerkschaftsbewegung aktiv, haben wir nach dem Grundsatz ausgewählt: Was uns selbst nützlich war, das soll nun allen zum Nutzen sein«. – Trotzdem hätte der Leser mehr Objektivität und Ausgewogenheit gewünscht.

Die beigegebenen Bilder (42 an der Zahl) haben oft sehr wenig mit der »Arbeiterbewegung« zu tun. Oder gehörte das kahlgeschorene Mädchen von Ulm (1940) auch dazu? – Was sollen die Kriegsbilder (Nr. 6, 27, 30, 31–33) in diesem Band? – Wer das Konterfei eines katholischen Bischofs bewundern will, der schlage das Bild Nummer 16 (Informationsstand der KPD 1928) auf. Man beachte auch die feine Gesellschaft, in welche der Oberhirte von den Vertretern der Arbeiterbewegung eingereiht wurde.

Der Band ist Willi Bleicher gewidmet. Das Nachwort schrieb Franz Steinkühler. Als Verlag konnte das angesehene Haus Konrad Theiss gewonnen werden.

*Rudolf Reinhardt*

BAUSTEINE ZUR TÜBINGER UNIVERSITÄTSGESCHICHTE. Folge 1 (Werkschriften des Universitätsarchivs Tübingen; Reihe 1: Quellen und Studien, Heft 6). Tübingen: Attempto 1981. 150 S. 5 Abb. Brosch. DM 16,80.

Folge 2 (Werkschriften des Universitätsarchivs Tübingen; Reihe 1: Quellen und Studien, Heft 9). Tübingen: Universitätsarchiv (Wilhelmstr. 32) 1984. 238 S. 31 Abb. Brosch. DM 16,-.

Universitäten sind, so oder so, Brennpunkte des geistigen Lebens einer Nation, eines Kulturraums, einer Landschaft. Universitätsgeschichte ist deshalb nicht nur der auf eine bestimmte Institution zugeschnittene Spezialfall der allgemeinen oder der Landesgeschichte im engeren Sinn, sondern auch ein eminenter Sektor der Geistesgeschichte. Allerdings ist gegen deren Synthesen alten Stils unerbittlich an die archäologische Seite der Forschung zu erinnern, die bei allem »-geschichtlichen« immer das erste bleiben muß. Soll »Geistesgeschichte«, die Rekonstruktion und Erfassung der Geschichte des Denkens in allen Bereichen, in denen gedacht wurde, einen verifizierbaren kognitiven Sinn behalten (oder zurückgewinnen), darf auch in ihr nicht das Recht der Quellen vor deren Interpretation kassiert werden, darf es auch in ihr nicht ohne Detailgenauigkeit, zünftige Methodologie und nüchternes Urteil abgehen. Mit dem großen Pinsel lassen sich Romane schreiben und ist gewiß auch schon viel Geschichte und Geistesgeschichte geschrieben worden; fragt sich nur: welche?

Insofern ist die Idee und tätige Bereitschaft des Herausgebers, des Tübinger Universitätsarchivars Volker Schäfer, in den »Bausteinen« den Impuls, den das 500jährige Tübinger Universitätsjubiläum (1977) für die Tübinger Universitätsgeschichte ausgelöst hat, sozusagen en detail und en miniature weiterzuführen, ein äußerst begrüßenswerter Beitrag (auch) zu einer Geistesgeschichte neuen Stils. Keiner der in den bis jetzt vorliegenden zwei »Bausteinen« veröffentlichten 17 Beiträge hat die Tübinger Universität oder auch nur eine ihrer alten und neuen Fakultäten global im Sinn. Sie alle haben eine begrenzte Thematik, die sie durchweg mit Präzision, Diszipliniertheit und bewundernswerter Erudition behandeln. Wo es sich nicht schwerpunktmäßig um Dokumentation handelt, wie in den zwei Beiträgen von Friedrich Seck (»Die Quellen zur Geschichte der Universitätsbibliothek Tübingen«, Folge 1, S. 28–42; und »Eine Zeittafel zur Geschichte der Universitätsbibliothek Tübingen«, ebd. S. 43–90), deren hoher Wert nach anderen Kriterien zu bemessen ist, sind sie außerdem ausgesprochen unterhaltsam und anschaulich geschrieben. Der Fachhistoriker und die breitere Öffentlichkeit, die der Herausgeber im Vorwort zur ersten Folge gemeinsam anspricht, werden dies je auf ihre Weise danken.

In auf diese Zeitschrift zugeschnittener Auswahl sei auf vier Beiträge hingewiesen, die den Wert der »Bausteine« gerade auch für den kirchen- und theologiegeschichtlich Interessierten unterstreichen. Hermann Ehmer (»Salemer Konventualen als Studenten in Tübingen«, Folge 1, S. 9–15) weist unter den 61 studentischen Ordensangehörigen des vorreformatorischen Halbjahrhunderts mit Sicherheit zwei Salemer Mönche nach, die in einer Zeit ausgesprochener »Studienmüdigkeit« (S. 9f.) der Zisterzienser u. a. aus Gründen der schlechten wirtschaftlichen Lage ihres Klosters mit einem Theologiestudium in Tübingen »anstelle der kostspieligen Pariser Universität vorlieb nehmen« mußten (S. 10), darunter der nachmalige 22. Abt von Salem (1534–1543), Johannes III. Pistor. Ein Brief beider von November 1529 (S. 14f.) gibt Einblick in Salemer und Tübinger Verhältnisse. – Nicht an ein Tübinger Dauertrauma *utriusque confessionis*, sondern konkret an drei »arianische« bzw. »antitrinitarische« Dissenter (Matteo Gribaldi, Michal Zaleski, Johannes Sylvan), mit denen sich die Theologen der Universität zwischen 1555 und 1565 gutachtlich zu befassen hatten, erinnert Gunther Franz (»Die Universität Tübingen in Ketzerei verstrickt«, Folge 1, S. 122–126). In einem weiteren Fall (Eberhard Wild) zeigte die Universität selbst 1622 »in ihrer Mitte einzelne Vertreter abweichender theologischer Überzeugungen [...]. Es waren nicht die schlechtesten Geister« (S. 126). Die in Württemberg herrschende lutherische Orthodoxie im Verein mit dem auch